

# Informationsbogen zur Kündigungsschutzklage

## Allgemeine Informationen zu diesem Formular:

Zur schnellstmöglichen Bearbeitung Ihres Anliegens ist **linklegal** – Kanzlei für Wirtschaftsprivatrecht auf einige Angaben zu Ihrer Person, Ihrem Arbeitgeber und besonderen Kündigungsschutzgründen angewiesen. Dieses Formular hilft uns dabei, die relevantesten Fakten zu Ihrem Arbeitsverhältnis schnellstmöglich zu erfassen und juristisch auszuwerten.

Sofern Sie auch die nachfolgende **VOLLMACHT** ausgefüllt und uns im Original übersandt haben, kann auf dieser Grundlage in besonders eilbedürftigen Fällen innerhalb von 24 Stunden nach Eingang dieser Dokumente Kündigungsschutzklage eingereicht werden.

## Hinweis zum Datenschutz:

Selbstverständlich werden sämtliche der von Ihnen getätigten Angaben vertraulich behandelt und ausschließlich gemäß den gültigen Datenschutzbestimmungen erhoben und verarbeitet.

## Anlagen:

Sofern verfügbar, fügen Sie bitte die folgenden Anlagen bei:

- **Arbeitsvertrag**
- **Tarifvertrag**
- **Kündigungsschreiben**
- **Abmahnungen**

## PERSÖNLICHE DATEN

Name (Vorname, Nachname): \_\_\_\_\_

Anschrift: \_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_

Geburtsdatum: \_\_\_\_\_

Anzahl der unterhaltspflichtigen Kinder: \_\_\_\_\_

Familienstand:  ledig  verheiratet  getrennt lebend  geschieden  verwitwet

## DATEN ZUM ARBEITGEBER

Name des Arbeitgebers/Firma: \_\_\_\_\_

Geschäftsführer/Vorstand: \_\_\_\_\_

Anschrift des Arbeitgebers: \_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_

Betriebsgröße (Anzahl der Mitarbeiter): \_\_\_\_\_

Ihre Position: \_\_\_\_\_

Ihr Anstellungsdatum: \_\_\_\_\_

Datum des Zugangs der Kündigung: \_\_\_\_\_

Kündigungszeitpunkt (Wirksamwerden der Kündigung): \_\_\_\_\_

Kündigungsgrund: \_\_\_\_\_

## BESONDERER KÜNDIGUNGSSCHUTZ

Besteht bei Ihnen ein besonderer Kündigungsschutzgrund (etwa Schwangerschaft, Mutterschutz, Elternzeit, Schwerbehinderung)?

\_\_\_\_\_

Sind Sie Mitglied einer Arbeitnehmerinteressenvertretung (etwa Betriebsrat oder Personalrat)?

\_\_\_\_\_

Haben Sie sonstige Anmerkungen?

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_



# VOLLMACHT

In Sachen: \_\_\_\_\_ (Ihr Name)

gegen \_\_\_\_\_ (Name/Firma Arbeitgeber)

Gegenstand des Mandats: Vertretung in arbeitsrechtlicher Auseinandersetzung (wg. Kündigung)

erteilt/erteilen der/die Unterzeichner/in hiermit

Herrn Rechtsanwalt Paul-Michael Link

**link legal** – Kanzlei für Wirtschaftsprivatrecht  
Ballindamm 5, 20095 Hamburg

unbeschränkte Vollmacht, den/die Vollmachtgeber gerichtlich und außergerichtlich gegenüber jedermann, insbesondere vor Gerichten und gegenüber Behörden und zwar in allen Instanzen zu vertreten.

Die Vollmacht umfasst die Befugnis

- zur Vertretung in Verfahren (z.B. Schiedsverfahren, Verwaltungsverfahren) und bei außergerichtlichen Verhandlungen jeder Art;
- zur Begründung und Aufhebung von Vertragsverhältnissen und zur Abgabe einseitiger Willenserklärungen (z.B. Kündigung oder Widerruf);
- zur Prozessführung (u.a. nach §§ 81 ff. ZPO) einschließlich der Befugnis zur Erhebung und Zurücknahme von Widerklagen;
- Rechtsmittel einzulegen, zurückzunehmen oder auf diese zu verzichten;
- gerichtliche Verfahren oder außergerichtliche Verhandlungen durch Vergleich oder Anerkenntnis zu erledigen;
- zur Durchführung von Neben- und Folgeverfahren (z.B. Arrest- und einstweilige Verfügungsverfahren, Kostenfestsetzungs- und Zwangsvollstreckungsverfahren), die den Mandatsgegenstand betreffen;
- zur Vornahme und zum Empfang von Zustellungen aller Art;
- Gegenstände aller Art, insbesondere Geld und Geldwerte, den Streitgegenstand, Wertsachen und Urkunden sowie die von der Gegenseite von der Justizkasse oder von Dritten zu zahlenden und/oder zu erstattenden Beträge für den/die Vollmachtgeber/in in Empfang zu nehmen;
- die Vollmacht ganz oder teilweise zu übertragen (Untervollmacht).

Durch die Erteilung der Vollmacht werden die in dieser Sache von dem Bevollmächtigten bereits vorgenommenen Handlungen genehmigt.

Der/Die Vollmachtgeber/in bestätigt, darüber belehrt worden zu sein, dass er/sie gegenüber dem/der Bevollmächtigten für dessen/deren Tätigkeit als Vergütung mindestens die gesetzlichen Gebühren gemäß dem Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG) schuldet, die sich nach dem Gegenstandswert berechnen. Der/Die Vollmachtgeber/in ist von dem Rechtsanwalt darauf hingewiesen worden, dass in arbeitsrechtlichen Verfahren erster Instanz keine Kostenerstattung stattfindet.

(Ort, Datum) .....

(Unterschrift) .....